NEBELSPALTER

Meinungsfreiheit für Spätmarxisten

Eine Studenten-Zeitschrift der Universität Luzern kritisiert Wirtschaftswissenschaftler, weil sie die Deutungshoheit über Wirtschaftswissenschaften hätten. Antidemokraten werfen Demokraten mangelnde Demokratie vor.

KOMMENTARE GESELLSCHAFT BILDUNG SOZIALISMUS

















Autoritarismus versus Demokratie: Chinas Staatskapitalismus. Bild: Keystone-SDA

In einer Studenten-Zeitschrift der Universität Luzern wurde kürzlich ein Artikel veröffentlicht mit dem Titel: «Der Kampf um die wirtschaftspolitische Deutungshoheit geht in eine neue Runde»

Darin wird – notabene nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine - dem neuen «Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik» an der Universität ein «antidemokratischer Charakter» und

zugleich ein Anspruch auf wirtschaftspolitische Deutungshoheit unterstellt. Starker Tobak. Begründung? Ganz einfach: Der Ansatz der politischen Ökonomie oder Public Choice, welcher in diesem Institut zugrunde gelegt werde, sei per se undemokratisch, weil er die Macht des Staates begrenzen wolle. Der Anspruch auf politische Deutungshoheit wird daraus abgeleitet, dass dem Institut einige bedeutende Ökonomen angehören, die in der Öffentlichkeit Gewicht haben.

Nun sollte man einer studentischen Zeitschrift eine gewisse Narrenfreiheit zubilligen. Aber etwas Nachhilfe-Unterricht in Standard-Ökonomik in Zeiten des Angriffs auf unsere Demokratie sei gestattet, insbesondere da es sich bei den Autoren vorwiegend um Studierende der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät handelt.

Ideologie aus der Mottenkiste

Zum ersten Vorwurf des antidemokratischen Charakters der politischen Ökonomie sei den Studis die Lektüre eines Standardwerkes dieser Disziplin dringend empfohlen, nämlich das Werk von Bruno Frey und Gebhard Kirchgässner «Demokratische Wirtschaftspolitik». Dieses setzt sich ausführlich mit den Vor- und Nachteilen verschiedener Entscheidungsverfahren in der Wirtschaftspolitik auseinander, immer unter dem Vorzeichen demokratischer Willensbildung.

Die von den Studis behauptete antidemokratische «Aushöhlung des Politischen durch das Ökonomische» gehört in die Mottenkiste von Spätmarxisten, die an die benevolente Allmacht des Staates glauben und ihrerseits demokratische Abstimmungsergebnisse in Frage stellen – wie zum Beispiel die Ablehnung des Sozialhilfegesetzes im Kanton Bern 2019. Sie wissen offensichtlich besser als das Volk, was für uns Bürger gut ist. Darüber hinaus verweigern sie die Auseinandersetzung darüber, dass im Zeitalter des chinesischen und russischen Staatskapitalismus der Gegensatz nicht mehr Sozialismus versus Kapitalismus heisst, sondern Autoritarismus versus Demokratie. Wie gefährlich dieser Gegensatz ist, erleben wir gerade. Ein unangemessener Anspruch auf politische Deutungshoheit wäre nur dann gegeben, wenn institutionell die Meinungsfreiheit eingeschränkt würde – ein Kennzeichen des Autoritarismus. Auch das kann man gerade erleben. Russland hat die kümmerlichen Reste der Meinungsfreiheit beseitigt – mit fatalen Folgen. Wenn sich bei uns prominente Wissenschaftler zu Worte melden und in einem Konzert vielfältiger wissenschaftlicher Ansätze einen Schwerpunkt setzen, dann ist dies Ausdruck wissenschaftlicher sowie demokratischer Freiheit. Andere Institute vertreten andere Schwerpunkte. Darüber hinaus kann sich jeder und jede auf der Homepage des Institutes für Schweizer Wirtschaftspolitik IWP von der internen Meinungsvielfalt dieses Institutes überzeugen.

Bei uns herrscht Meinungsfreiheit, auch für Studierende, welche die Grundlagen ihres Faches nicht kennen. Aber enttäuscht darf man schon sein, wenn diejenigen, die auf Staatskosten eine vorzügliche Ausbildung erhalten haben, sich durch einen solch gravierenden Mangel an Reflexionsvermögen auszeichnen.